

Goodnews vom 30.09.20

Kommentar und goodnews4-Protokoll zur 14. Sitzung des Gemeinderates

Verkehrte Welt im Baden-Badener Rathaus – Geld für Karlsruher Marketing – Entlassung eigener Marketingmitarbeiter



Der Baden-Badener Gemeinderat tagte am Montagabend in der Stadthalle Steinbach.



Kommentar von Christian Frietsch
30.09.2020, 00:00 Uhr

Baden-Baden Ein Paradox fiel den Baden-Badener Gemeinderäten während ihrer Auswärtssitzung am Montag in Steinbach wohl nicht auf. Während Marketingstrukturen für Baden-Baden innerhalb der Kur und Tourismus GmbH zerschlagen und an diesem Montag Mitarbeiter entlassen wurden, öffnete die Rathauspitze einem Vertreter aus Karlsruhe die Bühne des Gemeinderats, um für die TechnologieRegion Karlsruhe zu werben.

Eine Karlsruher Firma, die im Wesentlichen den Marketingzielen des Technologiestandortes Karlsruhe dient.

Auf Einladung von Oberbürgermeisterin Margret Mergen war der Geschäftsführer Jochen Ehlgötz gekommen, der zu einem ziemlich langatmigen Vortrag ausholte, in dem auch zu erfahren war, das die Karlsruher Repräsentanten der von Baden-Baden mit 42.000 Euro Steuergeld unterstützten Firma um die ganze Welt reisen, um für dieses Karlsruher Projekt Werbung zu machen.

Keinen Tagesordnungspunkt gab es dagegen zum Kahlschlag des Baden-Badener Marketings innerhalb der Kur und Tourismus GmbH. Am Montag hatte sich der verdiente Mathias Trui mit einer E-Mail auch bei goodnews4.de verabschiedet. Über die verlorengegangenen Arbeitsplätze diskutierte niemand im Gemeinderat. Auch nicht über den Sinn, ob zig Tausende Euro in Karlsruhe gut angelegt sind, während Mitarbeiter des Baden-Baden Marketings entlassen werden.

«Das Marketing ist der wesentliche Geschäftszweck der Baden-Baden Kur & Tourismus und wird es auch weiterhin sein», versicherte Nora Waggerhauser gegenüber goodnews4.de. Die

Organisationsstruktur sei in Abstimmung mit den Aufsichtsgremien in Arbeit, erklärte die Geschäftsführerin der Kur und Tourismus GmbH weiter. Gremien-Vorsitzende ist Oberbürgermeisterin Margret Mergen, deren Herz und öffentliche Geldbörse sich eher für Karlsruhe öffnet als für die Interessen von Baden-Baden und ihrer Mitarbeiter.

goodnews4-Protokoll von Nadja Milke zur 14. Sitzung des Gemeinderates am Montag, 28. September 2020, in der Stadthalle Steinbach, 17.00 Uhr bis 18.40 Uhr

TOP 1 Informationen der Verwaltung

TOP 2 Bürgerfragestunde (Fragen, Anregungen und Vorschläge)

Keine Wortmeldungen.

TOP 3 Bekanntgabe nicht öffentlich gefasster Beschlüsse

OB Mergen verwies auf den Aushang vor dem Saal.

TOP 4 TechnologieRegion Karlsruhe - Bericht durch den Geschäftsführer

Jochen Ehlgötz, Geschäftsführer der TechnologieRegion Karlsruhe GmbH berichtete über die Aktivitäten der Gesellschaft.

[PDF Präsentation](#)

Hans-Peter Ehinger, Fraktionsvorsitzender Freie Wähler, fragte, wie die TechnologieRegion zum Thema Windkraft stehe. Jochen Ehlgötz antwortete, dass die TechnologieRegion Windkraft dort befürwortet, «wo es Sinn macht» und die Rahmenbedingungen wie Windhöflichkeit gegeben seien. Die Windkraft müsse «politisch gewollt sein». Die Tiefengeothermie solle stärker genutzt werden. Oberbürgermeisterin Margret Mergen warf ein, dass diese «noch nicht ausgeforscht» sei.

René Lohs, FDP, regte an, für Projekte der TechnologieRegion weniger Anglizismen sondern auch französische Namen zu nutzen, weil auch das Elsass zum Gebiet der TechnologieRegion gehöre. Jochen Ehlgötz erklärte, dass bei Projekten im Wissenschaftsbereich und mit der EU Englisch die Weltsprache Nummer 1 sei.

TOP 5 Bericht über den Haushaltsvollzug 2020 - Aufhebung der Haushaltssperre

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: *Beschlussvorschlag: Der Gemeinderat nimmt vom aktuellen Stand des Haushaltsvollzuges 2020 Kenntnis. Insgesamt errechnet sich bei Realisierung der von Bund und Land angekündigten Kompensationen für pandemiebedingte Steuerausfälle eine jahresbereinigte Belastung für den Gesamthaushalt in Höhe von 2,2 Millionen Euro bzw. eine Verbesserung im Verhältnis zum 1. Nachtragshaushalt von 5,8 Millionen Euro. Der*

Gemeinderat beschließt vor diesem Hintergrund, vorbehaltlich des Eingangs der angekündigten Kompensationen, die aktuell bestehende Haushaltssperre aufzuheben.

goodnews4.de [berichtete bereits](#).

Der Gemeinderat stimmte der Schlussvorlage bei zwei Nein-Stimmen zu.

TOP 6 Änderung der Satzung über die Erhebung eines Beitrags zur Förderung des Fremdenverkehrs (Fremdenverkehrsbeitragsatzung)

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: Seit dem Urteil des Verwaltungsgerichts Karlsruhe vom 15.02.2018 – 10 K 579/16 wird das Verzeichnis über die Reingewinn- und Vorteilsätze für die einzelnen Gewerbe- und Berufsarten in regelmäßigen Abständen überprüft und gegebenenfalls aktualisiert (vgl. DSNr. 19.253). So wurden jetzt einige Gewerbe- und Berufsarten ergänzt (in den Anlagen rot markiert). Außerdem wurde der Vorteilssatz für Reisebüros, Reiseunternehmen, Reiseveranstalter angepasst.

Mehr: [PDF Branchenverzeichnis](#)

René Lohs, FDP, kritisierte, dass dies die dritte Änderung «innerhalb kurzer Zeit» sei und dass «in einer Zeit, in der die Selbstständigen von Corona gebeutelt sind» der Fremdenverkehrsbeitrag nicht ausgesetzt, sondern erweitert werde. Dass vom Tourismus profitiert werde, passe in Corona-Zeiten nicht. Stadtkämmerer Thomas Eibl erklärte: «Wir werden es nie schaffen, die Liste komplett zu halten», da immer wieder neue Berufsbilder entstehen würden. Dies öffne natürlich auch immer wieder eine Flanke für Klagen. Er erklärte auch, dass Firmen, die keinen Gewinn erwirtschafteten, auch keine Fremdenverkehrsabgabe bezahlen müssten. Die Stadt habe deshalb einen sogenannten «Vorteilssatz» eingeführt und wenn der Betrag unter 40 Euro pro Jahr liege, sei keine Abgabe fällig.

Der Gemeinderat stimmte bei einer Enthaltung und einer Nein-Stimme zu.

TOP 7 Bebauungsplan 'Ausschluss von Ferienwohnungen im Bereich der Kernstadt'

a) Billigungsbeschluss

b) Offenlagebeschluss

Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

TOP 8 Erschließungsvertrag 'Wohnen am Tannenhof'

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: Die Stadt hat am 20.12.2018 mit der SWR Media Services GmbH (SMS), der EPPLEZWEI GmbH und der EPPLEZWEI Alpha GmbH einen städtebaulichen Vertrag über die Entwicklung des Areals „Wohnen am Tannenhof“ abgeschlossen. Bestandteil dieses Vertrags ist u.a. die Beteiligung der Stadt an den Kosten für die Herstellung der Hans-Bredow-Straße. Eine Aufstellung, an welchen Erschließungsmaßnahmen und in welcher Höhe sich die Stadt beteiligt, ist Anlage des Vertrags vom 20.12.2018 (DS-Nr. 18.324, Gemeinderatssitzung vom 24.09.2018). Da die Stadt sich bereits mit dem städtebaulichen Vertrag vom 20.12.2018 zur Kostenbeteiligung verpflichtet hat, unterliegt der Erschließungsvertrag nicht der aktuellen Haushaltssperre. In dem städtebaulichen Vertrag vom 20.12.2018 war

auch vereinbart worden, dass zur Konkretisierung der Erschließung ein separater Erschließungsvertrag abgeschlossen wird. Dieser liegt nun abgestimmt und von der EPPLEZWEI GmbH unterschrieben vor. Mit ihm überträgt die Stadt die Erschließung und die Durchführung der Artenschutzmaßnahmen im Gebiet des Bebauungsplans „Wohnen am Tannenhof“ auf die EPPLEZWEI GmbH. Der Vertrag enthält Regelungen u.a. zur Durchführung der Erschließungsarbeiten, Fertigstellung, Gewährleistung.

Der Gemeinderat stimmte bei vier Nein-Stimmen zu.

TOP 9 Städtebaulicher Vertrag über die Erschließung im Bebauungsgebiet 'Wohnen an der Weinstraße'

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: Für die Erschließung des Gebietes durch die Weber-Consulting Beratungs GmbH wird ein städtebaulicher Vertrag nach § 11 BauGB abgeschlossen. Es liegt ein unterschriftsreifer Vertragsentwurf vor, der mit der Weber-Consulting Beratungs GmbH und allen beteiligten Fachgebieten abgesprochen ist. Mit diesem Vertrag überträgt die Stadt die Erschließung des Baugebietes «Wohnen an der Weinstraße» in Baden-Baden (Ortsteil Neuweier) auf die Weber-Consulting GmbH. Die Weber-Consulting GmbH führt die Erschließung auf Ihre Kosten durch und refinanziert sich durch den Verkauf der erschlossenen Grundstücke. Die Stadt verpflichtet sich, die Erschließungsanlagen in ihr Eigentum, ihre Unterhaltung und ihre Verkehrssicherungspflicht zu nehmen. Der Vertrag enthält die üblichen vertraglichen Regelungen. Er regelt u. a. welche Erschließungsanlagen herzustellen sind, wie die naturschutzrechtlichen und artenschutzrechtlichen Ausgleichsmaßnahmen durchzuführen sind und in welcher Höhe eine Bürgschaft hinterlegt wird. Bezüglich der Ablöse des Kanalbeitrags wird eine separate Ablösevereinbarung abgeschlossen.

Der Gemeinderat stimmte bei vier Nein-Stimmen zu.

TOP 10 Bebauungsplan 'Wohnen an der Weinstraße'

a) Behandlung der Stellungnahmen

b) Satzungsbeschlüsse

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 14.05.2018 den grundsätzlichen Beschluss gefasst, Weber-Consulting mit der Erschließungsträgerschaft für das Plangebiet «Wohnen an der Weinstraße» im Ortsteil Neuweier zu betrauen. Grundlage war der Bericht der Erschließungsträgerin, dass sämtliche Eigentümer in dem Plangebiet unter den Bedingungen des beschlossenen kommunalen Wohnbauflächen-Managements mitwirkungsbereit sind: Mindestens 40 Prozent der Grundstücksflächen gehen im Zug der Baulandumlegung in städtisches Eigentum über. Den privaten Eigentümern zugeteilte Bauplätze werden mit einer Bauverpflichtung versehen. Weber Consulting hat sich schriftlich dazu bereit erklärt, die Kosten des Verfahrens sowie der Erschließung zu tragen. Grundlage für Entwicklung und Erschließung des Gebiets «Wohnen an der Weinstraße» muss ein Bebauungsplan sein. Mit Beschluss dieser Sitzungsvorlage und der Bekanntmachung des Bebauungsplanes ist das Bauleitplanverfahren abgeschlossen und der Bebauungsplan rechtsverbindlich.

(...) Der Entwurf sieht vor, dass die Weinstraße gegenüber dem Plangebiet einen Gehweg erhält. Dieser endet derzeit gegenüber der Einmündung Heiligensteinstraße und startet im Südwesten erst wieder ab der Schartenbergstraße. Die Baugebietsentwicklung bietet die Chance,

diesen Gehweg jetzt zu vervollständigen, indem erforderliche Grundstücksflächen auf der Baugebietsseite (heute noch Weinberg) hinzugenommen werden, damit ein Gesamt-Querschnitt von 6,00 m Fahrbahn plus 1,50 m Gehweg entsteht. Die Losenbergstraße am östlichen Rand des Gebiets soll nicht für Erschließungszwecke fungieren. Es wird entlang der Baugrundstücke ein Verbot von Ein- und Ausfahrten festzusetzen sein. Eine fußläufige Verbindung von der inneren Erschließung zu diesem Weg ist jedoch wichtig und im Südosten sowie im Norden zur Heiligensteinstraße vorgesehen. Wichtig ist eine Eingrünung der Randgrundstücke entlang der Losenbergstraße. Eine heckenartige Struktur soll zugleich helfen, die Auswirkungen der Spritzmittelabdrift der anschließenden Weinberge auf das Baugebiet zu reduzieren. Damit wird zugleich eine Forderung des im Rahmen der Flächennutzungsplanung verabschiedeten «Steckbriefs» für dieses Gebiet umgesetzt. Die Bebauung besteht aus Einzelhäusern sowie aus zwei Mehrfamilienhäusern an der Weinstraße.

Klaus Bloedt-Werner, CDU, sagte, er sei «froh, dass das jetzt umgesetzt wird», man habe «25 Jahre auf die Bebauung gewartet» und die Planung könne ein «Vorbild für andere Bebauungspläne im Rebland» sein.

Der Gemeinderat stimmte einstimmig zu.

TOP 11 Sanierungsgebiet Südliche Neustadt BA3: Baubeschluss zur Umgestaltung der Lichtentaler Straße zwischen Weinbergstraße (Bertholdplatz) und Du-Russel-Straße

*Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: **Beschlussvorschlag:** Der Gemeinderat beschließt die Realisierung des vorgelegten Entwurfs zur Umgestaltung der Lichtentaler Straße zwischen der Weinbergstraße (am Bertholdplatz) und der Du-Russel-Straße inklusive des Einmündungsbereichs der Stephaniestraße bis zur Blechnergasse. Der vorgelegte Entwurf wurde gemeinsam mit Mailänder Consult auf Grundlage des vom Stadtplanungsbüro Baldauf entwickelten Integrierten Städtebaulichen Entwicklungskonzepts zum Sanierungsgebiet «Südliche Neustadt» erstellt.*

Ausführliche Begründung: Bei der Umgestaltung der Lichtentaler Straße handelt es sich, nach der Umgestaltung des Bertholdplatzes und der oberen Du-Russel-Straße mit der Blechnergasse, um die insgesamt dritte Maßnahme zur Umsetzung des beschlossenen Rahmenplans im Sanierungsgebiet «Südliche Neustadt». Dieser dritte Bauabschnitt erstreckt sich von der Einmündung der Weinbergstraße bis hin zum Kreuzungsbereich der Du-Russel-Straße. Dazu gehört ebenfalls der Einmündungsbereich der Stephaniestraße, dort erfolgt der Anschluss an den Bestand auf Höhe der Blechnergasse. Im gesamten Abschnitt werden Gehweg und Straße komplett erneuert und umgestaltet. Außerdem werden diversen Ver- und Entsorgungsleitungen der Stadtwerke und des Eigenbetriebs Umwelttechnik erneuert und ausgetauscht. Vom Bertholdplatz kommend bis zur Einmündung der Stephaniestraße wird die Straßenbreite nach Abschluss der Maßnahme 6 m betragen. Diese Straßenbreite erlaubt den Begegnungsverkehr der Linienbusse und erlaubt gleichzeitig die Verbreiterung des stark frequentierten Gehwegs entlang der Felsböschung auf der nördlichen Seite der Lichtentaler Straße. Außerdem besteht dadurch die Möglichkeit entlang der Südseite der Lichtentaler Straße in diesem Abschnitt durchgängig Längsparkplätze einzurichten. Ab der Einmündung der Stephaniestraße kann die Straßenbreite aufgrund der besseren Platzverhältnisse auf insgesamt 6,5 m erweitert werden. Im Bereich zwischen Stephaniestraße und Du-Russel-Straße können somit, wie bereits im Bestand, auf beiden Seiten der Fahrbahn Längsparkplätze für den ruhenden Verkehr zur Verfügung gestellt werden.

Die Bushaltestelle an der Ecke Lichtentaler Straße / Weinbergstraße wird im Rahmen dieser Maßnahme als barrierefreies Haltestellenkap hergestellt. Die Gestaltung orientiert sich dabei an der gegenüberliegenden, im ersten Bauabschnitt hergestellten Bushaltestelle Bertholdplatz. Hinsichtlich der verwendeten Materialitäten an der Oberfläche wird die, zwischen Bertholdplatz und Weinbergstraße, in der Lichtentaler Straße begonnene Gestaltung fortgesetzt. Die Asphaltfahrbahn wird dabei von den hellen Granitbordsteinen aus Naturstein begrenzt. Im Gehwegbereich werden die für Baden-Baden typischen hellen, 30 cm x 30 cm Platten mit Granitvorsatz verwendet, welche bereits rund um den Bertholdplatz Verwendung finden. Die für Baden-Baden typischen Porphyrdreizeiler entlang der Hausfassaden und an geeigneten, charakteristischen Stellen im Gehweg werden ebenfalls fortgeführt.

Der städtebauliche Charakter des «Stadtbalkons», im Einmündungsbereich der Stephaniensstraße/Lichtentaler Straße, wird durch den Wechsel Oberflächengestaltung in diesem Bereich hervorgehoben. Der Bereich entlang der Stephaniensstraße, zwischen Lichtentaler Straße und Blechnergasse, wird komplett in Naturstein aus rötlichem Sandstein hergestellt. Dieser nimmt die Farbgebung des in der benachbarten Felsböschung anstehende Materials auf und fügt sich somit in das dortige Bild ein. Der identische Sandstein wird entlang der dortigen Stützmauern und Felsböschung als Einzeiler, als Straßenbegrenzung, verlegt. Der bestehende Platzbereich mit wassergebundener Decke bleibt nahezu in seiner jetzigen Ausdehnung erhalten. Das dortige Gelände sowie die Mauerkrone werden nach Abschluss dieser Maßnahme als separate Maßnahme saniert und instandgesetzt. An der Mauer selbst finden in diesem Zusammenhang ebenfalls kleinere Sanierungsarbeiten, wie z. B. die Erneuerung von Fugen, statt.

Entlang der westlichen Seite der Lichtentaler Straße wird sich eine neue Baumreihe aus 13 Bäumen über den gesamten Abschnitt erstrecken. Mit drei weiteren Baumstandorten auf der Ostseite, zwischen Stephaniens- und Du-Russel-Straße, werden die insgesamt 16 säulenförmigen Bäume in diesem Abschnitt für deutlich mehr Begrünung sorgen als im Bestand. Im Bereich der Felsböschung und im Bereich der neuen Bushaltestelle an der Einmündung Weinbergstraße sind aufgrund der Straßenbreite sowie der vorhandenen Leitungsinfrastruktur leider keine neuen Baumstandorte realisierbar.

(...) Dieser Bauabschnitt endet nicht wie ursprünglich geplant direkt am Augustaplatz, sondern bereits im Kreuzungsbereich der Du-Russel-Straße. Der Augustaplatz ist, mit seiner Platz- und Verkehrsfläche, ebenfalls Teil des Sanierungsgebiets Südliche Neustadt. Im Übergangsbereich zwischen Augustaplatz und Lichtentaler Straße, von der Du-Russel-Straße in Richtung Zentrum, kann somit hinsichtlich der zukünftigen Gestaltung die Planung am Augustaplatz berücksichtigt werden und es werden an dieser Stelle nicht bereits jetzt Fakten geschaffen.

(...) Die Bruttobaukosten (19 Prozent MwSt.) einschließlich aller Baunebenkosten «Straßenbau» für den geplanten Bauabschnitt «Lichtentaler Straße» belaufen sich gemäß Kostenberechnung vom 09.09.2020 auf 1.957.000 Euro. Mit einer Maximalförderung von 250 Euro/Quadratmeter ergibt sich bei einer Gesamtfläche von 3.930 Quadratmetern eine maximale Förderung von 982.500 Euro aus dem städtebaulichen Förderprogramm ASP.

Der Gemeinderat stimmte einstimmig zu.

TOP 12 Planfeststellungsverfahren 380-kV-Netzverstärkung Daxlanden-Eichstetten, Teilabschnitt A, Umspannwerk Daxlanden-Grenze Regierungsbezirk Karlsruhe/Freiburg

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: *Die TransnetBW GmbH als Vorhabenträgerin ist als einer der vier Übertragungsnetzbetreiber in Deutschland für die Sicherstellung der Systemstabilität und Systemsicherheit sowie für die Stromübertragung im Höchstspannungsnetz der 220-kV bzw. 380-kV-Spannungsebene in ihrer Regelzone verantwortlich. Die TransnetBW GmbH plant eine überregionale Netzverstärkungsmaßnahme an einer bestehenden 220-kV-Höchstspannungsfreileitung zwischen den Umspannwerken bei Daxlanden und Eichstetten über rund 120 km. Dabei soll die Bestandsleitung zurückgebaut und durch eine neue 380-kV-Freileitung mit neuen Masten und Leiterseilen ersetzt werden. Durch die Verstärkung einer existierenden Leitungsverbindung kann ein Netzausbau im eigentlichen Sinn, d.h. ein Neubau zusätzlicher Freileitungen in komplett neuen Trassenräumen vermieden werden. Die Maßnahme dient der überregionalen Steigerung der Übertragungskapazität im Übertragungsnetz. Zudem wird der Betrieb einer leistungs- und zukunftsfähigen regionalen Energieversorgung zwischen Karlsruhe und Freiburg sichergestellt. Das zur Planfeststellung beantragte Vorhaben umfasst die Errichtung und den Betrieb der 380-kV-Freileitung Anl. 7110 als Ersatz für die bestehende 220-kV-Freileitung Anl. 5110 sowie die Errichtung und den Betrieb der 380 kV-Anschlussleitung Anl. 8111 zum Umspannwerk Bühl als Ersatz für die bestehende 220-kV-Freileitung Anl. 6111. Die Freileitungen sind technisch zur Führung von zwei 380-KV-Stromkreisen ausgelegt. Dabei werden 138 Höchstspannungsmasten über eine Strecke von 47 km neu errichtet. Demgegenüber werden 150 Masten der Bestandsleitungen (Anl. 5110 und 6111) demonstert. Weiterer Gegenstand des festzustellenden Plans sind die Änderungen und Folgemaßnahmen an parallel verlaufenden Leitungsanlagen, um Trassenabweichungen der geplanten 380-kV-Leitung zu ermöglichen. Dadurch werden weitere 23 Maste der Hoch- und Höchstspannung neu errichtet, 39 Masten zurückgebaut und 1 Mast saniert. Die geplante Leitungsführung auf Gemarkung Sandweier ist das Ergebnis verschiedener Abstimmungsgespräche städtischer Ämter und Dienststellen unter Einbeziehung des Ortschaftsrates Sandweier.*

Der Gemeinderat stimmte einstimmig zu.

TOP 13 Zusammenführung der Eigenbetriebe Stadtwerke und Umwelttechnik; Neufassung der Satzung

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: *Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom 29.06.2020 der Beschlussvorlage Drucksache-Nr. 20.081 mehrheitlich in den Punkten 1 bis 3 und 5 bis 7 zugestimmt. Zu Punkt 4 wurde vor einer Beschlussfassung um Verdeutlichung der Vertretungsberechtigung der Geschäftsführung gebeten. Entsprechend der Beratung in der Sitzung des Gemeinderats vom 29.06.2020 wurde die Vertretungsberechtigung der beiden Geschäftsführer verdeutlicht. Zur weiteren Klarstellung sind der Beratungsvorlage auch die in der Satzung genannte Geschäftsordnung, die dem Betriebsausschuss zur Entscheidungsfindung am 17.09.2020 vorgelegt wird, beigelegt (Anlage 2). Der Geschäftsverteilungsplan liegt als Anlage 3 bei. Auf die Beschlussvorlage Drucksache-Nr. 20.081 wird verwiesen.*

Mehr: [PDF Beschlussvorlage](#)

Der Gemeinderat stimmte einstimmig zu.

TOP 14 Besetzung des Sozialausschusses mit sachkundigen Einwohnern;

- a) Widerruf der Berufung eines Mitglieds**
- b) Widerruf der Berufung eines Stellvertreters**
- c) Neuwahl eines Mitglieds**
- d) Neuwahl eines Stellvertreters**

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: *Nach § 41 Abs. 1 der Gemeindeordnung Baden-Württemberg (GemO) können durch den Gemeinderat sachkundige Einwohner widerruflich als Mitglieder in beratende Ausschüsse berufen werden. Gemäß § 116 Abs. 1 des SGB XII (Sozialhilfe) sind vor dem Erlass allgemeiner Verwaltungsvorschriften sozial erfahrene Dritte zu hören, insbesondere aus Vereinigungen, die Bedürftige betreuen oder aus Vereinigungen von Sozialleistungsempfängern. Aus diesem Grund sind in den Sozialausschuss sachkundige Einwohner als Mitglieder zu berufen. Mit Beschluss des Gemeinderates vom 07.10.2019 (Vorlage-Nr. 19.270) wurde u. a. der Baden-Badener Bund als entsprechender Verband bestimmt. Herr Ulf Siegle hat seine Funktion als 1. Vorsitzender des Baden-Badener Bundes niedergelegt und steht dem Sozialausschuss daher als Mitglied nicht mehr zur Verfügung. Mit Mail vom 20.07.2020 wurde der bisherige Stellvertreter Herr Ingo Hoffmann als Mitglied für den Sozialausschuss vorgeschlagen. Somit ist ein neuer Stellvertreter zu benennen. Der Baden-Badener Bund hat mit Mail vom 28.08.2020 Herrn Ferdinand Kunz als stellvertretendes Mitglied vorgeschlagen. Herr Kunz wird dort im Vorstand – Beirat für Sonderaufgaben eingesetzt.*

Der Gemeinderat stimmte einstimmig zu.

TOP 15 Anfragen aus dem Gemeinderat

Werner Henn, SPD, fragte warum der Gehweg-Streifen in der Friedrichstraße «massiver geworden» sei. Oberbürgermeisterin Margret Mergen erklärte, dass man dort die Verkehrssicherheit für Fußgänger habe erhöhen wollen, da es in der Friedrichstraße seit der Schließung der Fieser-Brücke ein erhöhtes Verkehrsaufkommen gebe. Die Alternative wäre gewesen, einen Gehweg anzulegen, für den Bäume in der Lichtentaler Alle hätten gefällt werden müssen, dies würde einen «erheblichen Eingriff in die Allee» bedeuten, deshalb habe man sich für den Streifen entschieden. Die Fahrzeuge würden nun langsamer fahren, habe auch die Bürgerinitiative Friedrichstraße bestätigt. «Etwas Besseres ist uns nicht eingefallen», so OB Mergen.

Werner Schmoll, SPD, fragte nach einer Antwort auf seinen Antrag zur «Digitalisierung älterer Menschen». [goodnews4.de](https://www.goodnews4.de) [berichtete bereits](#). OB Mergen antwortete, dass das Thema «auf der Agenda» sei. Auf die Frage nach Endgeräten für ältere Menschen durch Sponsoring oder Mitteln aus dem Haushalt, wies OB Mergen auf die leere Stadtkasse hin und erklärte, das sie «den Fokus auf der Digitalisierung im Schulbereich» sehe, dies habe «höchste Priorität», da es durch Quarantäne immer wieder zu Ausfällen kommen könne.

Uwe Serr, CDU, berichtete, dass er beobachtet hätte, dass «zahlreiche Rebflächen im Rebland nicht bewirtschaftet» würden. OB Mergen berichtete von Bemühungen von Landwirten, Winzern, Verwaltung und Vereinen, dass die «leider nicht selten» und eine «Beeinträchtigung der Kulturlandschaft» sei. Die Verwaltung würde über eine «Umwandlung in andere Kulturlandschaften, zum Beispiel Streuobst, oder Ausgleichsflächen» nachdenken. Schließlich startete sie einen Aufruf: «Wer Lust hat, Rebstöcke zu pflegen, wir können gerne Flächen vermitteln.» Die Pacht koste «sicherlich nicht die Welt».

Ingrid Kath, CDU, fragte nach dem Sachstand bei den Elternbeiträgen für die Kitas in Baden-Baden. Bürgermeister Roland Kaiser antwortete, dass die Änderung der Geschwisterregelung wegen der Haushaltssperre ausgesetzt worden sei und in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses zur Entscheidung vorliege.

Ingrid Kath berichtete auch von «Parkdruck» in den Seitenstraßen der Rheinstraße, seit dort Anwohnerparken eingeführt worden sei. Roland Kaiser sagte, er habe bisher «keine Klagen» gehört, OB Mergen sagte, die Stadtverwaltung wolle schauen, «wie es sich entwickelt».

Martin Ernst, FBB-Fraktionsvorsitzender, erinnerte an die Anfragen und Anträge seiner Fraktion und der CDU zur Situation am Augustaplatz und in der Lichtentaler Allee. goodnews4.de [berichtete](#). Dort würden regelmäßig «Einwegspritzen» gefunden. Polizeipräsident Reinhard Renter spreche von einer «Hohlkriminalität», die aufgedeckt werde, wenn die Polizei verstärkt ermittle. An Bürgermeister Roland Kaiser gewandt sagte er: «Ich bitte Sie inständig, tun Sie etwas, das Thema aussitzen geht nicht mehr.» Roland Kaiser antwortete, dass das Thema auf der Tagesordnung des «Sicherheitsrats» stehe, bei dem die Polizei und alle Gemeinderatsfraktionen vertreten seien und wo die Stadtverwaltung ihre «Einschätzung und Vorschläge einbringen» wolle. Die «Zuständigkeiten» seien hier «getrennt», aber die Verwaltung stehe «im Dialog mit der Polizei».

Armin Schöpflin, CDU, verteidigte die Position von Polizeipräsident Renter, die Rauschgiftkriminalität könne man «nur auffangen durch Präsenz» und die Polizei habe dafür nicht genügend Personal. Er erinnerte an den Antrag seiner Fraktion, eine «Dependance» des Gemeindevollzugsdienstes am Augustaplatz einzurichten. goodnews4.de [berichtete](#).

Martin Kühne fragte, welche Maßnahmen die Stadtverwaltung angedacht habe. Bürgermeister Kaiser verwies auf die Sitzung des Sicherheitsrats, dort sei Gelegenheit, das Thema ausgiebig zu besprechen. Für Alkoholverbote und Videoüberwachung sehe er nur «sehr eingeschränkte Möglichkeiten», er erinnerte daran, dass der Gemeinderat beschlossen habe, eine Streetworker-Stelle zu schaffen.

Martin Kühne, AfD, fragte nach dem Stand der Planungen für den Christkindelsmarkt. OB Mergen antwortete, dass sie einen Christkindelsmarkt «gerne ermöglichen» würde, dies sei «der Wunsch der Bevölkerung» und stehe Baden-Baden als Tourismusstadt «gut zu Gesicht». Es sei bereits ein «gutes Konzept ausgearbeitet» worden mit einem abgesperrten Bereich und nur etwa der Hälfte der Besucher und einer begrenzten Besucherzahl. Sie habe jedoch den Eindruck, dass die Landesregierung «sehr zurückhaltend» sei. «Wir würden es sehr gerne tun und unternehmen alles, dass es möglich ist.» Jedoch sei «irgendwann das Zeitfenster zu», denn die Besucher müssten auch ihre Waren bestellen.